

# DIESE GRÜNEN!



DIESE GRÜNEN, Rathaus, 42269 Wuppertal, Postvertriebsstück Nr. G 8903 F-Gebühr bezahlt

## Hier steh ich nun, ich armer Tor...

■ Theater - Gutachten empfiehlt die Sanierung beider Häuser

Die mit Spannung erwarteten Ergebnisse des "Daberto-Gutachtens" wurden am 19. Juni der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die für uns nicht überraschende Empfehlung lautet, beide Häuser schrittweise zu sanieren. Dafür sind sechs Planungs- und Nutzungsvarianten erarbeitet worden, von denen zwei für die Umsetzung empfohlen werden. Beide Varianten sehen eine qualitativ hochwertige kulturelle Nutzung beider Häuser vor.

Dies bestätigt die Position von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass eine Schließung des Schauspielhauses keine Lösung für die bestehenden Probleme sein kann. Für den Erhalt sprechen nicht zuletzt auch wirtschaftliche Gründe. Die Zusammenfassung von drei Sparten in einem Haus würde zu wesentlich weniger Aufführungen und somit zu einer weiteren Einnahmeverminderung führen.

Die konservative Mehrheit und mit ihr der Intendant haben sich verrechnet! Aber auch der besonderen Bedeutung des Tanztheaters Pina Bausch für Wuppertal wird in dem Gutachten Rechnung getragen. So ist eine Zielsetzung der Verbleib des Tanztheaters Pina Bausch in Wuppertal und die Sicherung seiner Existenz gemäß der künstlerischen Bedeutung. Völlig offen ist allerdings, woher das Geld für die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen kommen soll.

Als 1999 das erste Daberto-Gutachten zur Sanierung und Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten von Schauspiel- und Opernhaus vorgestellt worden ist, war die Begeisterung auch groß. Allerdings stellten die seinerzeit veranschlagten 80 Millionen DM zur Umsetzung der optimalen Lösung Politik und Verwaltung vor ähnliche Probleme wie heute. Schon damals war das Geld knapp, nicht ohne Grund hat man sich zur Fusion mit Gelsenkirchen entschlossen.

Bevor nun endgültig über die Zukunft von Schauspiel- und Opernhaus entschieden wird, sollte ausreichend Zeit für eine breite kulturpolitische Diskussion bleiben.

Dabei sollten sinnvolle Nutzungskonzepte erstellt werden, die zur stärkeren Belebung beider Häuser führen, ergänzend zu den Veranstaltungen der Wuppertaler Bühnen und des Tanztheaters. Keinesfalls darf man sich dabei auf Discos mit Käfigtanz und Schaumparties beschränken. Es gibt in Wuppertal ein reichhaltiges Angebot im Musik- und Theaterbereich und einen Bedarf an geeigneten Spielstätten. Auch der Aspekt der rückläufigen und veränder-

Das Daberto-Gutachten unterstützt die GRÜNEN: das Schauspielhaus muss bestehen bleiben!

ten Bevölkerungsentwicklung ist bisher zu wenig berücksichtigt worden. So sollte die Zahlung einer Umlage aus den angrenzenden Städten und Ge-

meinden geprüft werden und die Zielgruppe der WuppertalerInnen mit Migrationshintergrund stärker beworben werden. Schauspiel- und Opernhaus

sind an ihrem jeweiligen Standort unerlässlich und sollten durch schrittweise Sanierung für alle WuppertalerInnen und Wuppertaler erhalten bleiben.

## 50 Ausgaben DIESE GRÜNEN

■ Eine Erfolgsstory der Fraktion, dokumentiert in der Zeitung

**DIESE GRÜNEN als Zeitungsprojekt war eine für Wuppertal kühne Angelegenheit. Ab 1989 werden regelmäßig ca. alle 3 Monate eine Vielzahl der WuppertalerInnen mit den Aktivitäten der GRÜNEN Fraktion im Rat durch diese Publikation versorgt.**

An der Durchführung des Projektes sind eine Vielzahl ehrenamtlicher HelferInnen beteiligt: vom Verfassen der Artikel bis zur Verteilung der Zeitung in den einzelnen Stadtgebieten danken wir an dieser Stelle allen, die dieses Projekt möglich machten und machen. Last, but not least danken wir den Wupper Nachrichten, speziell Gerd Rossmann für die professionelle Betreuung bei der Zeitungserstellung und Jörg Lange für das hervorragende Fotoma-

terial – beide unterstützen uns seit der ersten Ausgabe.

Der Startschuss für DIESE GRÜNEN fiel 1989, seitdem ist das Zeitungsprojekt ein wichtiges Medium, das die Arbeit der Wuppertaler Ratsfraktion bis in die Briefkästen der WuppertalerInnen hineinzutragt.

Die Existenz der Zeitung und des Engagement der Fraktion sind untrennbar, deshalb nun einige Schlaglichter auf das in der Zeitung dokumentierte Engagement der GRÜNEN Ratsarbeit im Verlauf der Jahre:

In Wuppertal sind die GRÜNEN seit mittlerweile 18 Jahren ununterbrochen im Rat der Stadt vertreten und haben sich auch hier kontinuierlich für eine ökologisch nachhaltige und soziale Politik stark gemacht. Wichtige Betätigungsfelder sind aktive Umweltpolitik, parteiliches Engagement für Flüchtlinge und MigrantInnen, Eintreten für Kinderinteressen u.v.m.

Nach der Kommunalwahl 1984 zog die GRÜNE Fraktion erstmalig in den Wuppertaler Rat ein.

Kurz darauf wurde Irmgard Wohler die bundesweit erste Bürgermeisterin für die GRÜNEN.

Vier Jahre nach Einzug in den Rat wurde Harald Bayer 1988 einer der ersten Umweltdezernenten für die GRÜNEN überhaupt und hat seitdem bis heute umweltpolitisch herausragende Maßstäbe gesetzt.

1989 war Wuppertal die erste Stadt in NRW, die einen Frauenausschuss (die GRÜNEN stellten die Vorsitzende) eingerichtet hat; auch dies wäre ohne die Frauenpower der GRÜNEN Frauen und insbesondere von Irmgard Wohler als Bürgermeisterin kaum so schnell umgesetzt worden. Ebenfalls aufgewertet wurde die Umweltpolitik, da ein eigenständiger Umweltausschuss gebildet werden konnte. Die GRÜNE

Fortsetzung Seite 3

Schmiergeldcity  
Wuppertal S. 2

Die Kandidaten  
zur Wahl des  
Bundestages S. 4/5

L 418:  
Der Spatenstich S. 6

### Guten Tag

Ganz besonders stolz sind wir auf die 50. Ausgabe unserer Zeitung, die Sie gerade in den Händen halten. 50 Ausgaben bedeutet Kontinuität unserer politischen Arbeit und unseres Bestrebens, Sie regelmäßig über bündnisGRÜNE Ratsarbeit zu informieren; auch und gerade wenn die einzige Tageszeitung im Tal unsere Arbeit doch gern immer mal wieder nicht zur Kenntnis nimmt, geschweige denn würdigt.

Wir lassen uns keinesfalls entmutigen und schreiben, wenn auch nur im Schnitt 4 mal pro Jahr, unsere Zeitung einfach selbst.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ist Stadtentwicklungspolitik, denn im Herbst soll der Flächennutzungsplan endgültig beschlossen werden, der Landschaftsplan Nord wird aktuell diskutiert und ebenfalls in diesem Jahr beschlossen. Hier werden wichtige Weichenstellungen in der Flächenplanung der Stadt getroffen. Wir stellen Ihnen die Kritikpunkte der GRÜNEN Fraktion vor.

Wir wünschen Ihnen wie immer viel Spaß bei der Lektüre und natürlich einen wunderschönen Sommer, erholsame Ferien wo auch immer Sie sie verbringen.

Bleiben Sie uns gewogen, die nächsten 50 Ausgaben kommen bestimmt.

# KURZ & klein

## Kein Wildwuchs von Werbetafeln

Die Bezirksvertretung Elberfeld-West hat auf Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN einstimmig beschlossen, dass ohne ihre Beteiligung keine weiteren Werbetafeln mehr aufgestellt werden dürfen.

Notwendig wurde der Antrag, der auch in anderen Bezirksvertretungen von den GRÜNEN eingebracht worden war, durch die in der Stadt wie Pilze aus dem Boden schießenden Werbetafeln unterschiedlicher Größen und Formen. Die dafür verantwortliche Firma, die nach der letzten Kommunalwahl die Werberechte von der Stadt übernommen hat, und die zuständige Fachverwaltung haben das Mitspracherecht der Bezirksvertretung akzeptiert und Fehler eingestanden.

Behinderungen auf Gehwegen oder aus anderen Gründen unpassende Standorte für Werbetafeln wird es also zukünftig nicht mehr geben.

## Sponsoren gezielt suchen

Die Verwaltung prüft zur Zeit den Antrag der GRÜNEN an den Kulturausschuss, eine Stelle für professionelle Sponsorenwerbung im Kulturbüro einzurichten.

Städte wie Düsseldorf oder Essen haben bereits so auf die sich seit Jahren kontinuierlich verschlechternde Situation der öffentlichen Haushalte reagiert. Durch das gezielte Einwerben von Sponsorengeldern für ganz bestimmte Projekte oder Veranstaltungen finanziert das Kulturbüro in Essen alljährlich sein Programm.

Auch im Wuppertaler Kulturbüro wird punktuell mit Sponsoring gearbeitet, aber eine eigens dafür zuständige Stelle gibt es nicht. Da die Zeit des "Abwartens und Hoffens auf bessere Zeiten" nicht nur für die Kulturförderung wohl endgültig vorbei ist, sollte die Kulturverwaltung sachkundige Beratung für neue Finanzierungsformen wie Sponsoring und Fund- bzw. Fundraising auch als Service für Kulturschaffende anbieten.

Dazu könnte auch Unterstützung beim Aufbau von Freundes- und Förderkreisen gehören. Wir hoffen, dass es bald eine/n Kultursponsoring-Beauftragte/n für Wuppertal gibt.

## Keine Kürzungen bei Suchthilfe!

Gäbe es eine Auszeichnung für die Drogenpolitik einer Kommune würden wir der Stadt Wuppertal sicherlich das Prädikat "human und fortschrittlich" verleihen.

Doch darf uns dieses nicht dazu verleiten, nun den Rückwärtsgang einzuschalten. Die Fachgruppe Sucht hat in einer Beschlussvorlage zu Recht auf die fatalen Auswirkungen einer Mittelkürzung im Suchtkrankenhilfereich hingewiesen.

Wir fordern die Verantwortlichen in unserer Stadt auf, ihren eingeschrittenen Weg nicht zu verlassen!

Dieser Weg ist im Endeffekt auch der ökonomisch bessere.

Kürzungen im Hilfesystem werden sich im Nachhinein, auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, nicht nur als falsch, sondern auch als der Weg mit den höheren Ausgaben erweisen.

# Gelöbnis auf dem Laurentiusplatz?

## ■ GRÜNE erheben Einspruch

Bereits im März trat die Standortverwaltung der Bundeswehr an den Oberbürgermeister heran mit der Bitte, ein öffentliches Gelöbnis in der Stadt abzuhalten.

Ob es Zufall oder Absicht war, dass es kurz vor der Bundestagswahl stattfinden soll, bleibt unklar. Tatsache ist, dass sich gerade die CDU für diese

Veranstaltung stark gemacht hat. Ein Blick in die Geschichte offenbart, dass erst die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler die Gelöbnisse aus den Kasernenhöfen in die Öffentlichkeit verlegt haben. Vor 1935 gab es keine öffentlichen Gelöbnisse!

Wir haben uns gegen ein öffentliches Gelöbnis auf dem Laurentiusplatz ausgesprochen, weil diese Veranstaltung vor dem geschichtlichen Hintergrund auch in unserer heutigen Gesellschaft

leicht als Beitrag zur Militarisierung missverstanden werden kann. So könnte es ablaufen: Auf 200 Rekruten kommen 500 Angehörige und Gäste. Diese Menschenansammlung muss zwischen 18.00 und 20.00 Uhr von einigen hundert Polizisten vor Auseinandersetzungen mit Demonstranten geschützt werden. Das auf dem attraktiven Stadtplatz vor der Laurentiuskirche. So etwas kann man Belagerungszustand nennen.

Die Bezirksvertretung Elberfeld hat am 26. Juni an die Bundeswehr appelliert, auf die Veranstaltung auf dem Laurentiusplatz zu verzichten, weil die Belastungen der Anwohner und Geschäftsleute durch Kontrollen, Sperrungen und zu befürchtende Krawalle zu groß seien. Die Bundeswehr schaffe hierdurch eine unnötige Konfrontationsebene. Nun wird sich wahrscheinlich der Stadtrat am 8. Juli mit der Angelegenheit beschäftigen.

# Schmiergeldcity Wuppertal

## ■ Transparenz statt Korruption

So lautete der Titel einer Veranstaltung der GRÜNEN Ratsfraktion am 19.06.2002 in der Zentralbibliothek, die hohe Aufmerksamkeit erregte. Mehr als 100 WuppertalerInnen nahmen an der Podiumsdiskussion trotz bestem Sommerwetter teil.

Kein Wunder, war das Podium doch hochkarätig besetzt: Die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag, Kerstin Müller, war ebenso vertreten wie Hans Leyendecker, leitender Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung, der seit Jahrzehnten zu diversen Affären in der Bundesrepublik veröffentlicht. Prof. Britta Bannenberg, ausgewiesene Strafrechtlerin, Doris Regina Gothe vom seit fast 10 Jahren ehrenamtlich tätigen Verein "Transparency International", Heinz Wirz vom Bund der Steuerzahler und Lorenz Bahr, Stadtverordneter der GRÜNEN im Wuppertaler Rat rundeten das Podium ab. Die Moderation übernahm Peter Vorsteher, Fraktionssprecher der GRÜNEN.

Das Wichtigste vorweg: Die Anträge zur Änderung der Wuppertaler Ehrenordnung, die in den letzten Rat im Mai von der GRÜNEN Fraktion eingebracht wurden, fand vollste Unterstützung aller PodiumsteilnehmerInnen als eine Maßnahme, Korruption aktiv zu bekämpfen. Frau Gothe musste beim Le-

Peter Vorsteher, Kerstin Müller, Hans Leyendecker auf dem Podium

sen der aktuell gültigen Ehrenordnung schmünzeln, da dort vor allem Allgemeinplätze formuliert sind, die kaum klare Aussagekraft haben. Sie begrüßte insbesondere den Teil des GRÜNEN Antrages, der von allen Stadtverordneten Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse begehrt, soweit dies für die Gremientätigkeit relevant ist. Herr Wirz vom Bund der Steuerzahler formulierte es etwas drastischer: die Ehrenordnung sei Altpapier, das einmal beschlossen wurde und nun langsam, aber stetig vom Staub der Zeit bedeckt

werde. Auch das Publikum bezog sich durchweg positiv auf die Anträge der GRÜNEN gegen Korruption (siehe Artikel in dieser Ausgabe).

Frau Prof. Bannenberg führte in das Thema Korruption von juristischer Seite ein und erklärte die Dimensionen von Vorteilsnahme und Vorteilsgabe und erläuterte, wie schwer es ist, Korruption aufzuklären und die in langen Jahren aufgebauten Verstrickungen auch in städtischen Verwaltungen aufzubrechen. Kerstin Müller berichtete von den Aktivitäten auf Bundesebene,

die den GRÜNEN noch nicht ausreichen; scheiterte doch kürzlich das Informationsfreiheitsgesetz am Widerstand des Bundesrates. Auch das Korruptionsregister konnte nicht beschlossen werden. Die GRÜNEN werden in der nächsten Legislaturperiode wieder einen Antrag in den Bundestag einbringen. Aber immerhin sind wichtige Schritte eingeleitet worden, denn durch das geänderte Parteiengesetz können nun Verstöße mit Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren verhängt werden; vor den Parteispenskandalen wollte die SPD diesen Schritt noch nicht mitgehen. Auch z.B. Barspenden an Parteien sind nun auf 1.000 Euro begrenzt. Alle PodiumsteilnehmerInnen begrüßten das Engagement der GRÜNEN gegen Korruption nicht nur auf lokaler, sondern auch auf Bundes- und Landesebene. Dies freut natürlich, verwundert jedoch nicht besonders, denn die GRÜNEN bekämpfen Korruption seit Gründung ihrer Partei.

Ausdrücklich wurde das Engagement und die Sachkenntnis der Wuppertaler BürgerInnen hervorgehoben, die sehr starkes Interesse an der Aufklärung der bisherigen Wuppertaler Korruptionsaffären wie der GWG, der Wuppertal GmbH und dem Parteispenskandal äußerten. Einigkeit bestand darin, dass nur bei einer hoch engagierten Öffentlichkeit und eindeutigen Aktivitäten der PolitikerInnen auf allen Ebenen Korruption wirksam bekämpft werden kann. Die Podiumsdiskussion war dafür ein guter Beitrag, weitere werden folgen.

# Landschaft komplett zugebaut

## ■ Bedenken und Anregungen zum Flächennutzungsplan

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat große Bedenken gegen die Neuausweisung von ca. 80 ha Wohnbauflächen und ca. 117 ha Gewerbeflächen auf bisher unbebauten Wuppertaler Freiland-Flächen.

Dieser Flächenbedarf wurde von der Stadtverwaltung prognostiziert und soll im Flächennutzungsplan dargestellt werden. Die GRÜNE Ratsfraktion fordert eine erhebliche Reduzierung dieser Flächen. Wir zweifeln an dieser Prognose in Bezug auf den Bedarf an Wohnbauflächen und Gewerbeflächen aus folgenden Gründen:

- Die Stadtverwaltung erwartet bis zum Jahr 2015 einen Bevölkerungsrückgang auf ca. 340.000 EinwohnerInnen.

- Kurz und mittelfristig ist ein verstärktes Angebot von Einfamilienhäusern zu erwarten, die in den 50er bis 70er Jahren gebaut wurden.

- In Wuppertal existieren z.Zt. noch erhebliche Baulandreserven, ausgewiesen in rechtsverbindlichen und im Verfahren befindlichen Bebauungsplänen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert, dass zu diesen Reserven kleinteilige Arrondierungen innerhalb einer bestehenden Infrastruktur ausgewiesen werden. Wir wollen, dass das Wohnen innerhalb der bebauten Stadt auch und besonders für Familien mit Kindern attraktiver gestaltet

wird. Dies kann z.B. durch Wohnfeldverbesserungen und Verkehrsberuhigungen erreicht werden. Planungen von gefahrlosen Verbindungen der Spiel-, Grün- und Freiflächen, Schulhöfen, Kindereinrichtungen usw. sind im allgemeinen Teil des Entwurfes zum Flächennutzungsplan bereits als Zielrichtung dargestellt.

Den Leerständen von Wohnungen, Geschäfts- und Büroräumen und einer daraus entstehenden Verödung der Innenstadt muss entschieden entgegengetreten werden. Weitere Baulandausweisungen am Stadtrand konterkarieren diese Bemühungen.

Ebenso hält die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Ausweisung von ca. 117 ha Gewerbeflächen im Freiraum, besonders die Ausweisung der "Kleinen Höhe" aus diesen Gründen für falsch:

- Wertvolle Böden mit hohen Bodenzahlen würden versiegelt, die aufgrund ihrer Ertragsfunktion eine hohe Bedeutung für die Landwirtschaft haben.

- Laut Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist eine Umweltverträglichkeit für das Schutzgut Wasser auf der "Kleinen Höhe" nicht gegeben, da eine Beeinträchtigung der Quellbereiche befürchtet werden muss.

- Die Freiraumverbundfunktion, die z.Zt. durch diese Freifläche gegeben ist, würde erheblich gestört, ebenso die im Klimagutachten 2000 festgestellte hohe Klimaaktivität.

Im Gegenzug dazu halten wir die Ausweisung der stillgelegten Bahnflächen in Wuppertal, die für eine gewerbliche Nutzung in Frage kommen und Teile der Fläche der GOH-Kaserne auf Lichtscheid als potentieller Gewerbefläche für geeignet. Darüber hinaus sind kurz- bis mittelfristig laut dem "Handlungsprogramm Gewerbeflächen" 50 – 60 ha Gewerbebrachen verwertbar. Eine Neuausweisung von Gewerbeflächen im Freiland würde wohl kaum dazu beitragen, die Entwicklung der Bahnflächen zu beschleunigen.

Wir wehren uns gegen einen erheblichen Verbrauch von Natur und Landschaft, den die umfangreiche Darstellung und Neuausweisung von Wohnbau- und Gewerbeflächen im Flächennutzungsplan verursachen würde. Dieses widerspricht außerdem in dem geplanten Umfang den vom Rat beschlossenen Zielen des "Handlungsprogramms Zukunftsfähiges Wuppertal".

Wir kritisieren, dass sowohl die Belange der Umwelt, der Natur und der Landschaft sowie der siedlungsnahen Landwirtschaft und der Naherholung für die Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger, desweiteren der Erhalt der Kulturlandschaft und der klimarelevanten Bereiche im Entwurf des Flächennutzungsplanes bei der Abwägung der Güter nicht genügend Berücksichtigung finden. Die Neuausweisungen von Flächen lassen sich darüber hinaus auch nicht mit den Zielen der Bodenschutz-

gesetze des Bundes und des Landes NRW vereinbaren. Täglich gehen in Deutschland 120 ha Fläche verloren. Auf einer Tagung der Umweltakademie Baden-Württemberg in Bietigheim wiesen Experten darauf hin, dass bei gleichbleibendem Flächenverbrauch Deutschland in 70 – 80 Jahren komplett zugebaut sei.

## Impressum

**Herausgeberin:**  
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
Tel. 563-6204 / Fax: 59 64 88  
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
Internet: www.gruene-wuppertal.de

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)  
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,  
Lorenz Bahr, Guido Gehrenbeck, Michael Hohagen,  
Petra Lückers, Klaus Lüdemann, Peter Menke,  
Frank vom Scheidt, Susanne Schakib,  
Peter Vorsteher, Irmgard Wohler

**Gastkommentare:**  
Knut Unger (Koordinator der Habitat Initiative  
Deutschland im Forum Umwelt und Entwicklung)

**Alle Fotos:** Jörg Lange

**Satz und Gestaltung:**  
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,  
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

**Druck:** Verlag Bitter, Recklinghausen

**Auflage:** 36.280

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein, Bahnhof Unterbarren; Cinema, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße, ASIA, Berg, Universität; BUND, Völklinger Straße 3 a.

**Die Abgabe ist kostenlos!**

# Anti-Korruptionspaket im Stadtrat

■ Als erste Fraktion stellten die GRÜNEN einen Maßnahmenkatalog vor

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten zur Sitzung des Rates der Stadt Wuppertal am 27. Mai 2002 ein umfangreiches Anti-Korruptionspaket vorgelegt. Damit luden sie die Parteien und Fraktionen in Wuppertal ein, sich offensiv und öffentlich mit dem Thema rund um den GWG-Skandal, den Wuppertal GmbH-Skandal und den Parteispandenskanal auseinander zu setzen.**

Eine Auseinandersetzung fand statt, die leider nicht immer fair verlief. Damit wurde das Ziel verfehlt, sich gemeinsam gegen den Eindruck zur Wehr zu setzen: "Alle in einen Sack und drauf - man trifft schon den Richtigen!"

## Ehrenordnung der Stadt Wuppertal

Die Ergänzung und Änderung der Ehrenordnung der Stadt Wuppertal vom 29.06.1999 war Kern des BündnisGRÜNEN Antragspaketes. Hier sollte die Anzeigepflicht und Veröffentlichung der persönlichen Daten der Mitglieder des Rates, der Ausschüsse und Bezirksvertretungen im Rahmen einer Selbstverpflichtung neu geregelt werden.

Außerdem wurde der bisher formulierten Praxis, dass Mitglieder des Rates Spenden für ihre politische Arbeit entgegennehmen dürfen und wie sie damit umzugehen haben, die BündnisGRÜNEN Rechtsauffassung entgegengesetzt, dass nur gemeinnützige Organisationen und Parteien Spenden entgegennehmen und Spendenquittungen ausstellen können. Ferner sollte im Rahmen der Prävention vor Korruption sogenannten "Insidergeschäften" vorgebeugt werden.

Die von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Wuppertal ausgearbeitete Ergänzung und Änderung der Ehrenordnung wurde von Juristinnen und Transparency International gelobt; der Rat der Stadt Wuppertal mochte sich mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP diesen weitgehenden Änderungen nicht anschließen und vertagte die Ehrenordnung in eine Sondersitzung des Ältestenrates. In erster Lesung diskutierten die GeschäftsführerInnen der Fraktionen mit der Verwaltung die Anträge. In dieser Sitzung legte die CDU Wuppertal einen eigenen Vorschlag vor, den sie wortwörtlich bei dem CDU-Oberbürgermeister der Stadt Köln abschrieb. Dieser CDU-Vorschlag geht hinter das bisher in Wuppertal bereits Erreichte weit zurück!

## Verbot der Annahme von Zuwendungen

Über die Veränderung der Ehrenordnung hinaus formulierte Bündnis 90/DIE GRÜNEN Anregungen zur Ergänzung und Änderung der "Informationen über das grundsätzliche Verbot der Annahme von Zuwendungen durch Beschäftigte der Stadtverwaltung Wuppertal" vom 17.12.1996.

Es wurde angeregt, eine spezielle Ehrenordnung für die politischen Wahlbeamten, die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe und die Ressort- und StadtbetriebsleiterInnen der Stadtverwaltung Wuppertal durch den Rat der Stadt zu empfehlen, die sich eng und in der Anzeigepflicht und im Anzeigeverfahren

wörtlich an der veränderten Ehrenordnung der Stadt Wuppertal vom 29.06.1999 orientiert. Die hierfür verbindlichen Verfahren und der Datenschutz sollten und können nicht ausgesetzt werden.

Auch dieses Novum hat der Rat der Stadt Wuppertal mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP in Abhängigkeit der für die Stadtverordneten gültigen Ehrenordnung auf den Ältestenrat und den Ausschuss Zentrale Dienste vertagt.

## Öffentlichkeit und Transparenz in Aufsichtsratssitzungen

Nachdem sich der Rat der Stadt Wuppertal bereits im Februar 2002 gegen Öffentlichkeit und Transparenz in Aufsichtsratssitzungen städtischer Gesellschaften ausgesprochen hat, was mit einer zwar komplizierten, aber möglichen Rechtskonstruktion hätte durchaus herstellen lassen, blieb Bündnis 90/DIE GRÜNEN einzig und allein der Weg zu beantragen, dass alle städtischen Gesellschaften wieder zu städtischen Eigenbetrieben umgewandelt würden. Damit wäre zumindest erreicht, dass die Wahrnehmung der Interessen des Gesellschafters (Rat der Stadt als Gesellschafterversammlung) wieder öffentlich in kommunalen Gremien und unter Beteiligung aller im Rat der Stadt Wuppertal vertretenen Parteien erfolgt wäre und so die ehemaligen Aufsichtsräte als Werksausschüsse nicht mehr politisch, sondern fachlich besetzt werden könnten.

Auch dieser Weg wäre rechtlich möglich, wenn auch in der Umsetzung nicht unproblematisch und in der Konsequenz die ehemaligen Gesellschaften so wenig flexibel geworden wären, wenn nicht der Rat der Stadt Wuppertal mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP eindeutig NEIN gesagt hätte.

## Untersuchungsausschuss in den Kommunen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN regten per Resolutionsentwurf an, dass sich im Zuge der anstehenden Änderung der Gemeindeordnung alle im Rat der Stadt Wuppertal vertretenen Parteien auch für eine Aufnahme eines "kommunalen Untersuchungsausschusses" in die Gemeindeordnung einsetzen, der mit weitreichenden Kompetenzen in Anlehnung an die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ausgestattet wird. Hierzu gehört u.a. die Vernehmung von Zeugen und die Verpflichtung, einen Abschlussbericht über die zeitlich zu begrenzende und im Auftrag deutlich abgegrenzte Arbeit dem Rat der Stadt vorzulegen. Da kein BündnisGRÜNEN Antrag den Rat der Stadt Wuppertal passieren darf, legte die CDU-FDP einen ähnlich lautenden Antrag vor, der die Mehrheit mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP im Rat fand.

## "Untersuchungsausschuss" in Wuppertal

Nachdem FDP-CDU laut im Rat nach einem Untersuchungsausschuss in Wuppertal riefen und die hier tätigen Juristen erst im Nachhinein feststellten, dass ein derartiger Untersuchungsausschuss laut Gemeindeordnung nicht vorgesehen ist und ihre Forderung fallen ließen, regten Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Einrichtung eines "Sonderausschusses" an, der noch vor der Sommerpause 2002 seine Arbeit aufnehmen sollte. Nach Vorstellung der BündnisGRÜNEN wäre folgender Auftrag ergangen: Sonderausschuss Korruption mit folgendem Auftrag: Aufklärung des Planvorhabens FOC, Radenberg I und II, der GWG im Zusammenhang mit den Bauvorhaben Tannenbergsstraße und Bremme-Gelände, der Wuppertal GmbH im Zusammenhang mit den Firmen Haarhaus, Keller und Belzer und Aufklärung der Finanzie-

rung des Kommunalwahlkampfes 1999 aller Parteien im Rat der Stadt Wuppertal und der Finanzierung und Spendenpraxis bei allen Parteien im Rat der Stadt Wuppertal.

Als formaler Rahmen sollte dem Sonderausschuss folgende Kompetenz verliehen werden:

Alle Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal nehmen stimmberechtigt teil, die Entsendung durch die Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal sollte nicht per se an ein Stadtverordnetenmandat gekoppelt sein, sondern von sachkundigen BürgerInnen wahrgenommen werden können, die Besetzung ist nach dem Parteienproporz im Rat der Stadt Wuppertal vorzunehmen, die Abarbeitung des Auftrages ist zeitlich zu begrenzen und umfasst maximal ein Jahr, ein mehrheitlich im Ausschuss abzustimmender Abschlussbericht wäre dem Rat der Stadt Wuppertal in öffentlicher Sitzung vorzulegen, der allerdings abweichende Voten beinhalten kann.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat auch diesen Antrag zur Weiterbehandlung in den Ältestenrat überwiesen.

## Veröffentlichung der Parteienfinanzierung

Abschließend beantragte Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Form einer Resolution, dass der Rat der Wuppertaler Parteien empfiehlt, jährlich nach Jahresabschluss die jeweiligen Parteienfinanzen des Vorjahres und die Haushaltsplanung des laufenden Jahres den Wuppertaler BürgerInnen offen zu legen. Der Rat der Stadt Wuppertal erklärte

sich mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP für nicht zuständig.

## Summa summarum

CDU-SPD-FDP haben mit ihrem gemeinsamen, ablehnenden Stimmenthalten in Wuppertal die Chance verpasst, verloren gegangenes Vertrauen in die Kommunalpolitik wieder zu gewinnen. Die Quittung wird ihnen spätestens bei der nächsten Wahl präsentiert, wenn weniger als 50% der Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch machen werden und wählen gehen bzw. nicht wählen gehen. Das ist die fatale Folge der Wuppertaler Korruptionsaffären, die weder ein Staatsanwalt noch ein Richter wieder gut machen können und wo die Verantwortung einzig und allein bei der Politik selbst liegt.

## DIESE GRÜNEN! 50 Ausgaben

"DIESE GRÜNEN" vermittelt seinen Lesern viele interessante und aufschlussreiche Einblicke hinter die Kulissen des Ratsgeschehens. 13 Jahre gibt es nun schon kritische Beiträge zu ökologisch umstrittenen Bauvorhaben und umweltpolitischen Fehlentwicklungen. Dabei werden auch immer wieder Alternativen aufgezeigt. Viele Themen werden von der WZ als einzige Wuppertaler Tageszeitung überhaupt nicht aufgegriffen oder nicht kritisch hinterfragt. Daher bedanken wir uns besonders für die vielen interessanten, kritischen und aufschlussreichen Artikel in dieser Zeitung und hoffen, dass uns "DIESE GRÜNEN" noch lange erhalten bleibt. Weiter so!

Verband der Wuppertaler Bürgerinitiativen Umweltschutz Umweltzentrum Völklinger Str. 3a 42285 Wuppertal

Nur bessere Prävention macht einen „Wechsel des Wohnsitzes“ überflüssig

## 50 Ausgaben DIESE GRÜNEN

felder schon 1984 gefordert. 1989 forderten die GRÜNEN als erste Fraktion eine fünfte Gesamtschule; mittlerweile ist diese ein Wuppertaler Vorzeige-Objekt. Der beharrlichen Forderung der GRÜNEN in langjährigen zähen Verhandlungen ist es ebenfalls zu verdanken, dass der Rat 1991 die Errichtung der Begegnungsstätte Alte Synagoge als Gedenkstätte endgültig beschloss. Die Einweihung konnte 1994 gefeiert werden.

Die Berücksichtigung von Kindern in Form einer Kinderfreundlichkeitsprüfung wurden von den GRÜNEN so lange hartnäckig gefordert, bis diese als Gemeinschaftsaufgabe in Verwaltungshandeln umgesetzt wurde.

Die GRÜNEN haben dem Umweltgipfel in Rio 1992 die Ziele der Lokalen Agenda 21 und deren Verankerung in Wuppertal immer massiv unterstützt. Projekte autofreien Wohnens wurden von den GRÜNEN immer eingefordert,

in der Verkehrspolitik wie auch in der Stadtplanung verhinderte jedoch über die Jahre hinweg immer eine punktuell große Koalition fortschrittliche Projekte. 1997 konnten die GRÜNEN die Mehrheit im Rat davon überzeugen, eine Härtefallkommission für von Abschiebung bedrohten Menschen einzurichten. Nach der Kommunalwahl 1999 war eine der ersten Handlungen der nun konservativen Mehrheit, diese Kommission wieder abzuschaffen.

Die GRÜNEN setzen sich nach wie vor dafür ein, die städtischen Wohnungen nicht dem privaten Markt zu opfern.

Die GRÜNEN setzen sich für eine schonende Flächenpolitik ein und haben eine ganze Menge Änderungsanträge zum Flächennutzungsplan geschrieben, der im Herbst verabschiedet wird. Das aktuelle Engagement der GRÜNEN Fraktion gilt u.a. der Umsetzung eines Anti-Korruptions-Paketes durch den Rat der Stadt.

Fortsetzung von Seite 1

# Moderne Konzepte statt alter Fehler

## 11 Grüne Thesen für eine neue Integrationspolitik

### 1. Integration als Chance

EinwandererInnen und Flüchtlinge haben schon in der Vergangenheit viel zur Modernisierung unserer Gesellschaft beigetragen. Wir wollen dies weiter fördern. Denn in Zeiten der Globalisierung stellen ihr Wissen bzw. ihr Leben in und mit verschiedenen Kulturen eine Bereicherung und eine Ressource für unser Land dar, die wir nutzen können und sollten.

### 2. Die Fehler der alten Gastarbeiterpolitik vermeiden

Eine Einwanderungspolitik nach dem Prinzip *hire-and-fire* liegt weder im Interesse der Menschen, die zu uns kommen noch einer Wirtschaft, die darauf angewiesen ist, dass ihre neuen MitarbeiterInnen bei uns planbare Zukunftsmöglichkeiten für sich und ihre Familie erhalten – ansonsten kommen diese Menschen nämlich nicht zu uns, sondern wandern dorthin, wo ihnen adäquate Lebensbedingungen angeboten werden. Insofern ist in Zeiten der Globalisierung eine weltoffene und integrative Einwanderungspolitik ein echter Standortvorteil.

### 3. Multikulturelle Demokratie Leitbegriff GRÜNER Integrationspolitik

Eine multikulturelle Gesellschaft hat eine positive Dimension, weil sie die selbstverständliche kulturelle Freiheit jedes Einzelnen bekräftigt, eine Differenzierung zulässt und sich abgrenzt – beispielsweise zu der Idee einer deutschen Leitkultur, die zur Assimilation und Unterordnung verpflichten will. Kulturelle Vielfalt und interkultureller Austausch sind Zeichen der Vitalität einer Gesellschaft. Gleichzeitig gehören zur gesellschaftlichen Perspektive einer pluralistischen, multikulturellen Einwanderungsgesellschaft auch gemeinsame politische Zielvorgaben für das Zusammenleben. Diese sind für uns die zentralen Werte der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der europäischen Verfassungstradition und unseres Grundgesetzes: Demokratie, Gleichheit aller Menschen und Gleichheit der Geschlechter. Die Verbindung der beiden Felder der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung von Einwanderung, die Verbindung der Begriffe Demokratie und multikulturelle Gesellschaft heißt für uns: Multikulturelle Demokratie.

### 4. Integration – eine lohnende Zukunftsinvestition

Richtig ist: Eine gute Integrationspolitik kostet Geld. Aber sie spart gleichzeitig soziale und andere Folgekosten. Wir haben im Zuwanderungsgesetz für eine gerechte Verteilung der Integrationskosten gesorgt, die niemanden überfordert: Der Bund übernimmt die Hälfte der anfallenden Integrationskosten. Länder und Kommunen teilen den Rest unter sich auf. Die Förderung von SpätaussiedlerInnen wird – wie bisher auch – allein vom Bund übernommen. Zur Entlastung der öffentlichen Hand haben wir im Zuwanderungsgesetz zudem die Möglichkeit vorgesehen, von den teilnehmenden ZuwanderInnen eine Kostenbeteiligung zu erheben. Im Unterschied zur Union und zur FDP wollen wir die Integrationskosten nicht den EinwanderInnen allein aufbürden. Das rot-grüne ZwG vermeidet auch hier eine Überforderung: Gebühren können von den TeilnehmerInnen nur nach Maßgabe der Sozialverträglichkeit erhoben werden.

### 5. Leitstellen für Integration schaffen

Der Erfolg der Integrationspolitik hängt auch davon ab, wie stark die Institutionen verankert sind, die sich mit der Fragen der Integration beschäftigen. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei den bisherigen Ausländerbeauftragten zu. Während Union und FDP auf Länder-

ebene (so z.B. in Hamburg und Sachsen-Anhalt), Ausländerbeauftragte als eigenständige Institutionen abschaffen, hat Rot-Grün dieses Amt im Zuwanderungsgesetz deutlich aufgewertet: Es wird künftig nicht nur "Beauftragte für Flüchtlinge, Migration und Integration" heißen. Auch wurde deren Kompetenzbereich deutlich ausgeweitet. Unser Ziel ist es, diese Beauftragten im Bund, in den Ländern und den Kommunen zu querschnittartigen Leitstellen der Integration auszubauen.

### 6. Wer Integration fördern will, muss Teilhabemöglichkeiten von Frauen ausbauen

Frauen sind bekanntermaßen die Hauptträgerinnen eines erfolgreichen Integrationsprozesses. Grüne Integrationskonzepte berücksichtigen ihre spezifischen Bedürfnisse:

- Sprach- und Integrationskurse (ggf. auch gesonderte Kurse) müssen so auf die zeitlichen bzw. familiären Möglichkeiten von Frauen ausgerichtet werden (z. B. längere Fristen zur Teilnahme-möglichkeit). Auch müssen Kursangebote für ältere und nachgezogene Frauen geschaffen werden.
- Verstärkte Angebote im Bereich Erziehung, Drogenprävention, Gesundheitsvorsorge und Familienökonomie.
- Unterstützung von Mädchenarbeit
- Förderung von Projekten gegen häusliche Gewalt

### 7. Interkulturelle Erziehung als Schlüsselprojekt

Die Ergebnisse der sog. PISA-Studie sind zweifelsohne besorgniserregend: 27% aller Kinder von EinwanderInnen besuchen die Hauptschule. Nur 5% gehen auf ein Gymnasium. Jede fünfte Schülerin nichtdeutscher Herkunft verlässt die Schule ohne Abschluss.

Dies liegt aber nicht an lern- bzw. integrationsunwilligen oder unfähigen Kindern von MigrantInnen. Die PISA-Studie ist vielmehr der eindrucksvolle Beleg für das Scheitern einer verfehlten Integrationspolitik in Deutschland: In keinem anderen westlichen Industriestaat nämlich ist der Leistungsunterschied zwischen Kindern der Mehrheitsgesellschaft und denen von Einwanderern so groß wie bei uns.

Die PISA-Studie zeigt vor allen Dingen, dass die Bildungsprobleme von Kindern nichtdeutscher Herkunft mit eklatanten Defiziten beim Erwerb der deutschen Sprache zu tun haben. Deswegen haben wir im Zuwanderungsgesetz auch einen Schwerpunkt auf die Vermittlung der deutschen Sprache gelegt. Wir wollen eine Bildungs-offensive für Kinder von MigrantInnen, ähnlich wie sie in den 70er Jahren für Arbeiterkinder begonnen wurde. Nur muss es hier zentral um die Verbesserung beim Spracherwerb gehen, denn aus unserer Sicht ist die Sprache der Mehrheitsgesellschaft eine der Schlüsselqualifikationen für die von uns gewollte Integration von eingewanderten Menschen, für deren schulischen und beruflichen Erfolg – und damit für ihren sozialen Aufstieg.

### 8. Integration beginnt im Kindergarten

Kindern ist daher so früh als möglich eine bestmögliche Sprach-, Verstehens- und Problemlösungskompetenz zu vermitteln. Den Kindergärten kommt hierbei eine Startfunktion zu. GRÜNE setzen sich für folgendes ein:

- Verstärkte Anstellung von bilingualen bzw. bikulturellen ErzieherInnen
- Ausbildung der ErzieherInnen in der Vermittlung "interkultureller Kompetenz"
- Information und Motivation für Eltern (z.B. parallele Sprach- bzw. Kurse über das deutsche Bildungssystem für sie).

### 9. Interkulturelles Lernen als schulisches Regelangebot

Auch die Schulen in Deutschland müssen sich umstellen: Interkulturelle Er-

ziehung, möglichst an Ganztags-schulen, sollte der Regelfall werden – und zwar für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund:

- Ein verstärktes Angebot für Unterricht in Herkunftssprachen (Türkisch, Russisch etc.) – und dies nicht nur für MigrantInnen, sondern für alle Kinder und die Möglichkeit, sich hierin im Abitur prüfen zu lassen.
- Deutsch als Fremdsprache als Teil des Regelunterrichts
- Verstärktes Angebot für Förderstunden
- Koordinierung des herkunftssprachlichen mit dem Sach- oder Sozialkundeunterricht
- Mehr bilinguale bzw. bikulturelle Lehrkräfte
- Bilinguale/bikulturelle Ausbildung der Lehrkräfte
- Einbindung nichtdeutscher Eltern (z.B. Parallelsprachkurse).
- Religionsunterricht nur von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften, in deutscher Sprache auf Grundlage genehmigter Lehrpläne und unter der Aufsicht der Schulbehörde.
- Schaffung entsprechender Lehrstühle an deutschen Universitäten

- Sprachförderung auch an Berufsschulen

### 10. Ohne Arbeit ist alles nichts

Integration läuft ganz wesentlich über den Arbeitsprozess – und dies nicht nur für MigrantInnen und Flüchtlinge, sondern auch für die Mehrheitsgesellschaft. Insofern kommt es für eine erfolgreiche Integrationspolitik ganz entscheidend darauf an, Menschen nichtdeutscher Herkunft gleichberechtigt auch in diesem Teil des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen. Und so sehr wir uns dafür einsetzen, dass Kinder von MigrantInnen und Flüchtlingen bei der Erlangung von Schulabschlüssen unterstützt werden, so sehr drängen wir darauf, dass mehr Jugendliche nichtdeutscher Herkunft eine Berufsausbildung auch beenden. Insofern plädieren wir für folgende Schritte:

- Erleichterter Zugang zu Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsämter
- Bilinguale ArbeitsberaterInnen
- Sutzung von Förderungsprogrammen, wie XENOS oder EQUAL

- Beratungsstellen zur Qualifizierung nichtdeutscher Nachwuchskräfte
- Abschaffung der Vorrangprüfung
- Ausbildungsoffensive speziell im öffentlichen Dienst
- Mehr Beratungsstellen für Arbeitsmarkt-zugang und Existenzgründungen für Frauen

### 11. Integrationspolitik ist Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik

Integration ist somit nicht nur ein Anspruch an EinwanderInnen, sondern auch an die Mehrheitsgesellschaft. Die rechtsradikale Gewalt zeigt, wie groß die Defizite bei uns noch sind. Antidiskriminierungsmaßnahmen sind wichtige Instrumente einer modernen Integrationspolitik. Doch auch die Erweiterung der gesellschaftlichen Teilnahmemöglichkeiten für EinwanderInnen können helfen. Wir denken hierbei z.B. an das Wahlrecht oder aber Gleichstellungsmaßnahmen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts.

Susanne Schakib-Ekbatan  
(Kreisgeschäftsführerin Wuppertal)

Frauen sind die Hauptträgerinnen eines erfolgreichen Integrationsprozesses

## Anspruchsvolle Umweltziele

### ■ BUND bescheinigt GRÜNEN gutes Programm

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Deutschland hat die Wahlprogramme aller im Bundestag vertretenen Parteien einem "Öko-Check" unterzogen.

Ergebnis: Allein BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ehrgeizige Ziele.

Nun sollen auch die DirektkandidatInnen nach Umweltkriterien geprüft werden.

Bei der Analyse der Wahlprogramme weisen die Parteien laut BUND markante Unterschiede auf.

Während nur den GRÜNEN "sehr anspruchsvolle Umweltziele" bescheinigt wurden, seien ökologische Ziele bei SPD, CDU/CSU und PDS lediglich vage benannt. Die FDP setze beim Umweltschutz allein auf die Wirkungen des Marktes. Die bundesweite Aktion „Öko-Check für Bundestagskandidaten“ startete der (BUND) am 26. Juni in Berlin. Bis zur Bundestagswahl am 22. September werden BUND-Gruppen in ihren Wahlkreisen die Direktkandida-

Innen der verschiedenen Parteien zu vier Umweltthemen befragen:

Agrarwende, Klimaschutz, Verkehr und ökologische Steuerreform.

Laut BUND-Bundesgeschäftsführer Gerhard Timm will der BUND mit seiner Aktion aufzeigen, ob die einzelnen BundestagskandidatInnen "Umweltschutz und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft ins Zentrum der Politik stellen". Der BUND will die Öffentlichkeit anschließend über die Antworten informieren und empfehlen, diese bei der anstehenden Wahlentscheidung zu berücksichtigen.

# Wahlkreis 103

## Michael Hohagen

Im Februar diesen Jahres haben die Wuppertaler GRÜNEN mit Michael Hohagen ihren Bundestagsdirektkandidaten für den größten Teil unserer Stadt gewählt (Ronsdorf und Cronenberg gehören mit Remscheid und Solingen dem Nachbarwahlkreis 104 an). Michael Hohagen ist geborener Wuppertaler (wenn's nicht um die ganze Stadt geht: Gesinnungsbarmer), 48 Jahre alt, Sozialarbeiter in der evangelischen Obdachlosenhilfe, verheiratet und Vater von 4 Töchtern.

Seit 1983 ist er Mitglied des Wuppertaler Kreisverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In den vergangenen 18 Jahren gehörte er mehrfach dem Vorstand an und ist seit einigen Monaten dessen Sprecher. Zu Ende der Achtziger und Beginn der Neunziger Jahre gehörte er vorübergehend dem Stadtrat an. Der Schwerpunkt seiner politischen Aktivitäten lag in der Vergangenheit in der Kommunalpolitik und hier besonders im Bereich Soziales und Gesundheit. Seit vielen Jahren vertritt er mit Unterbrechungen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sozial- und Gesundheitsausschuss des Rates sowie in vielen anderen Gremien u.a. in den Berei-

chen Soziales, Gesundheit, Altenhilfe und Straffälligenhilfe. Ebenfalls mit Unterbrechungen ist Michael Hohagen seit 1984 Mitglied der Bezirksvertretung Barmen. Als wesentliche Inhalte seiner gegenwärtigen Funktionen sieht er einerseits die Organisation der Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion, andererseits die Vermittlung GRÜNER Politikinhalt angesichts der Zwänge und Einschränkungen, denen die GRÜNE Partei durch ihre Beteiligung an den Regierungen in Land und Bund unterliegt.

# Grün wird gebraucht ...

■ Michael Hohagen

**Die Amtszeit der ersten rot-grünen Regierungskoalition auf Bundesebene liegt fast hinter uns. Am 22. September wird gewählt. Entschieden wird nicht nur über die Alternative „Schröder oder Stoiber“, sondern auch über die Arbeitsbilanz der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD gestellten und getragenen derzeitigen Bundesregierung.**

Vieles wurde erreicht, manches in den Jahren der Kohl-Regierungen vernachlässigte Problem angepackt und gelöst. Stellvertretend für eine Vielzahl von Politikfeldern seien hier erwähnt der Atomausstieg, die ersten Stufen der Ökosteuer, Kindergelderhöhungen, Tier- und Naturschutz, gesicherte Rechtsstellung gleichgeschlechtlicher Paare. Den aufmerksamen Leserinnen und Lesern wird in der Vergangenheit nicht verborgen geblieben sein, dass die wenigsten Arbeitsergebnisse der rot-grünen Koalition ohne teils heftige interne Auseinandersetzungen unter den Regierungspartnern zuwege gebracht wurden. Oftmals stellte das Ergebnis koalitionsinterner Verhandlungen in der einen oder anderen Sachfrage einen Kompromiss dar, den beide Seiten nicht ohne Zähneknirschen umsetzen. So unterscheiden sich beispielsweise die GRÜNEN Vorstellungen in Sachen „Ausstieg aus der Atomenergie“ deutlich vom Erreichten. Gleichwohl muss festgehalten werden, dass auf dem Weg einer Vereinbarung mit der Atomwirtschaft die Beendigung dieser gefährlichen Art der Energieer-

zeugung langfristig festgeschrieben wurde und sich damit auch die Zahl der nach wie vor erforderlichen Atomtransporte deutlich verringern wird. Mehr war und ist in einer Koalition mit der SPD nicht erreichbar. Ähnliches gilt für die übrigen genannten und weitere Themen. Die Bedeutung GRÜNER Regierungsbeteiligung liegt einerseits in aktiver Förderung sozialer und ökologischer Umgestaltungsprozesse in nahezu allen Bereichen unseres Lebens, andererseits in der Verhinderung einer Rückkehr zu Verhältnissen, die wesentlich geprägt sind von sozialer Kälte, Ungerechtigkeit und Umweltfeindlichkeit.

Die GRÜNE Partei hat in den vergangenen über 20 Jahren ihrer Existenz mancherlei Phasen durchlaufen und Veränderungen durchlebt. Stand zu Beginn der grundlegende Protest gegen deutsche Ausdrucksformen menschenfeindlicher Politik wie etwa Aufrüstung und Kernenergienutzung im Vordergrund (und wurde hierbei der „Parteienstaat“ als solcher angegriffen und in Frage gestellt), so verschoben sich mit wachsender politischer Bedeutung der GRÜNEN und ihrem Eintritt in diverse Regierungen im Laufe der Jahre die Akzente. Oftmals und bis in die heutige Zeit musste die Partei schwerwiegende innere Konflikte aushalten und letztlich lösen. Exemplarisch deutlich wurde dies zuletzt vor wenigen Monaten in Zusammenhang mit der Frage der deutschen Beteiligung an amerikanischen Militärationen in Afghanistan als Reaktion auf den fürchterlichen Terroranschlag vom 11. September 2001. Weite Teile der GRÜNEN Partei hatten und haben große Probleme mit dem seitens der Bundesregierung postulierten bedingungslosen Sich-Einbinden-

Lassens in sicherheits- und außenpolitische Vorstellungen und Aktionen der USA. Auch die Wuppertaler GRÜNEN standen und stehen dieser Art von Konfliktbewältigung höchst kritisch gegenüber. Da BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gegensatz zu Teilen der politischen Konkurrenz weder an Größenwahn noch unter Realitätsverlust leiden, liegt es uns fern, die Ergebnisse des eigenen Tuns unkritisch schönzureden. Als kleinerer Partner einer Regierungskoalition mussten wir in der Vergangenheit manche Kröte schlucken. Dies wird in Zukunft nicht anders sein.

Als Korrektiv einer oftmals unbeweglichen SPD sind die GRÜNEN jedoch nach wie vor unverzichtbar. GRÜNE haben in das Regierungshandeln klare Werte eingebracht. Unser Ziel ist nicht technokratisches Steuern der Gesellschaft sondern die Unterstützung von Menschen mit eigenem Ziel und eigenem Urteil. GRÜNE stehen für ökologische Nachhaltigkeit, Liberalität, Generationengerechtigkeit, soziale Verantwortung und Menschenrechte. An diesen Werten orientieren wir uns in unserer praktischen politischen Arbeit in Stadt, Land und Bund. Politik machen wir nicht nur für heute und morgen, sondern im Rahmen dessen, was möglich ist, für die künftigen Generationen. Wir meinen, dass wir damit bereits jetzt erfolgreich sind. Nachhaltige Politik braucht jedoch einen langen Atem und die Fähigkeit, unterwegs auch Rückschläge und Niederlagen wegzustekken. Deshalb hoffen wir auf eine starke GRÜNE Bundestagsfraktion und auf eine Fortsetzung unserer Regierungstätigkeit in Deutschland. Dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung und hoffen, sie am 22. September zu erhalten.

# Wahlkreis 104

## Frank vom Scheidt

Bei der Neuzuschneidung der Wahlkreise für die Bundestagswahl wurde die Wuppertaler Stadtteile Cronenberg und Ronsdorf zusammen mit den bergischen Nachbarstädten Remscheid und Solingen in dem Wahlkreis 104 zusammengefasst.

Ende Februar haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus diesem Städtedreieck ihren Direktkandidaten, Frank vom Scheidt, gewählt. Eigentlich keine leichte Aufgabe, gleich drei Städte vertreten zu müssen. Aber Frank vom Scheidt hat sich vorgenommen kompetent und engagiert den Wahlkampf im Bergischen zu bestreiten.

Frank vom Scheidt ist Kommunalpolitiker durch und durch. Geboren und aufgewachsen in Remscheid, ist er auch während seines Volkswirtschaftsstudiums in Köln in seiner Heimatstadt wohnen geblieben. Der 39-jährige Diplom-Volkswirt war von 1989 bis Ende 1996 GRÜNES Ratsmitglied und Fraktions-sprecher und hat damit alle Bereiche der Kommunalpolitik „von der Pike auf“ gelernt. Ausbildung und politische Erfahrung konnte er in seiner Tätigkeit als Remscheider Verwaltungsvorstandsmittglied, zuständig für Verwaltungsreform, Haushaltssicherung und Personalwesen seit 1997 auf das trefflichste verbinden: nur zwei Menschen haben es in den letzten 10 Jahren geschafft, den städtischen Haushalt durch Haus-

haltungssicherung genehmigt zu bekommen. Einer davon ist Frank vom Scheidt. Dann kam die Kommunalwahl 1999 und mit ihr der politische Wechsel von Rot-GRÜN zu Schwarz. In der Konsequenz wurde Frank vom Scheidt Personalamtsleiter der Stadt Remscheid, eine Aufgabe, die er seit März diesen Jahres ausfüllt. Neben der beruflichen Tätigkeit in der Kommunalpolitik ist Frank vom Scheidt der GRÜNEN Partei und der damit verbundenen Arbeit treu geblieben, so nimmt er die harte Wahlkampfarbeit nicht nur als Kandidat auf, sondern ist außerdem als GRÜNES Vorstandsmitglied in Remscheid aktiv. Nach dieser kurzen Einleitung möchten wir unseren Kandidaten für Wuppertal Cronenberg/Ronsdorf nun aber selbst zu Wort kommen lassen.

# Finanzmisere der Städte ...

■ Frank vom Scheidt

**Ich glaube, dass eines der wirklich wichtigen und drängenden Themen auf kommunaler Ebene die Struktur der Gemeindefinanzierung ist - und da sieht die Lage in Wuppertal, Remscheid und Solingen ähnlich aus.**

Die Meldungen über die desaströsen Haushalte der drei Städte unterscheiden sich nur in der Größe der Löcher. Alle drei sind so verschuldet, dass sie dem Regierungspräsidenten jährlich nachweisen müssen, wie genau sie ihren Haushalt zu sanieren gedenken. Ein Unterfangen, das praktisch nicht mehr möglich ist - was auch und vor allem an der Umverteilung von Aufgaben und Ressourcen durch Bund und Land liegt. Mittlerweile geht es nur noch darum, den Mangel zu verwalten, politische Gestaltungsspielräume gibt es nicht mehr. Das Thema Gemeindefinanzreform muss dringend auf Bundesebene neu geregelt werden. Hierzu möchte ich beitragen, deswegen kandidiere ich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vor dem Hintergrund der Finanzmisere haben wir im Rahmen des Bergischen Städtedreiecks seit Sommer 2001 in regelmäßigen Treffen ganz konkrete Vorschläge für die auf Bundesebene notwendigen Änderungen ausgearbeitet. Wichtigste Forderung ist die Rücknahme der innerhalb der Steuerreform zugunsten des Bundes beschlossenen Erhöhung der Gewerbesteuerumlage sowie die Beachtung und grundsätzliche Verankerung des Konnexitätsprinzips. Damit wären die Kommunen vor einer direkten Aufgabenübertragung durch den Bund geschützt.

Aber - obwohl die kommunale Politik mein „Steckenpferd“ ist - ist es nur ein Teil dessen, was mich zu einer Kandidatur bewogen hat. Gerade auch vor dem Hintergrund der schwierigen Phase, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

während der Debatte um den Bundeswehreinsatz in Afghanistan durchgemacht haben, und dem damit verbundenen Verlust von etlichen MitstreiterInnen, ist es besonders wichtig, nach vorne zu schauen. Die Kritik der Basis an der Bundestagsfraktion muss ernst genommen werden, aber wir müssen davon wegkommen, in der Öffentlichkeit fortwährend innerparteiliche Konflikte zu betonen und uns daran aufzureiben. Zum Beispiel haben wir gemeinsam mit den Solinger GRÜNEN eine Veranstaltungsreihe zum Thema Frieden organisiert. Mit einem unabhängigen Friedensforscher haben wir diskutiert, was aus dem Krieg in Afghanistan folgt und wie eine pazifistische Grundsätzen orientierte Bundes-Außenpolitik konkret aussehen kann. In einer weiteren Veranstaltung war Ludger Volmer zu Gast, mit dem wir über die Anforderungen an eine neue Weltinnenpolitik diskutierten. So konstruktiv mit einem Konflikt umzugehen ist die bessere Variante, als sich in Flügelkämpfen zu zerreißen.

Es gibt GRÜNE Kernkompetenzen, wo uns andere Parteien nicht das Wasser reichen können. Ich will diese in den Vordergrund stellen und die WählerInnen davon überzeugen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerade wegen dieser Kompetenzen zu wählen. An dieser Stelle kann ich nur einige Beispiele nennen, wie z.B. die **Ökologische Steuerreform**: Was war das für ein Geschrei, als sie eingeführt wurde. Angeblich würde es sich kaum noch jemand leisten können, Auto zu fahren, ganze Industriebereiche drohten angeblich weg zu brechen usw. Mittlerweile können wir nicht ohne Stolz sagen: die ökologische Steuerreform ist erfolgreich. Sie hat zur Senkung der Lohnnebenkosten und damit zur Beschäftigung beigetragen, und den Primär- sowie den Benzinverbrauch verringert. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank fordert ihre Weiterführung. **Regenerative Energien**: Hier setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Akzente,

hier haben wir unsere Etappen-Ziele erreicht. Deutschland ist beim Thema Windenergie weltweit führend, sie ist ein Exportschlager und schafft Arbeitsplätze - sogar in Industrien, die man nicht direkt mit Windenergie in Verbindung bringen würde: Die deutsche Stahlindustrie setzt mittlerweile mehr Stahl bei der Windkraft ein als in klassischen Bereichen. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wer dieses Rad der Zeit zurückdrehen will, wird Arbeitsplätze in einem boomenden Wirtschaftszweig zerstören. Es freut mich sehr, dass vor kurzem in Cronenberg die 1. Windkraftanlage Wuppertals in Betrieb gegangen ist.

**Ausstieg aus der Kernenergie**: Ich weiß, dass der Zeitrahmen des endgültigen Ausstiegs aus der Kernenergie gerade bei den GRÜNEN umstritten ist. Aber es ist ein Ausstieg, der - wenn auch nicht so schnell, wie wir es uns vielleicht gewünscht hätten - zum Ende der Kernenergie in Deutschland führen wird. Und nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können in einer Regierungsbeteiligung sicherstellen, dass das auch so bleibt. Im Übrigen kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass das mittlerweile verstärkte Engagement der Stromriesen im Bereich regenerativer Energien auch etwas mit den klaren zeitlichen Vorgaben aus diesem Ausstiegvertrag zu tun hat.

Dies sind nur drei Beispiele aus den GRÜNEN Kernkompetenzen Energie-, Umwelt- und nachhaltiger Steuerpolitik. Genauso offensiv müssen wir auch die anderen, urgrünen Bereiche im Wahlkampf vertreten: Verbraucherschutz, Bürgerrechte, Integration von ausländischen MitbürgerInnen sowie Frauen-, Bildungs- und Familienpolitik. Und die Erfolge der letzten Jahre, verbunden mit unseren guten Konzepten für die Zukunft, das müssen wir kommunizieren. Dafür bin ich angetreten und das werde ich gemeinsam mit den GRÜNEN aus Wuppertal, Remscheid und Solingen bis zur Bundestagswahl in die Öffentlichkeit tragen.

# Erster Spatenstich für die L 418

■ Der Verkehrskollaps wird auf Kosten der Umwelt hinausgezögert

Der Spatenstich am 05. Juli für den Weiterbau der L 418 mit Tunnel durch das Burgholz wird für die Wuppertaler Umweltschützer und für die GRÜNEN nicht als Tag der Freude in die Geschichte eingehen. Trotz jahrelangem Widerstand haben sich die Kräfte durchgesetzt, die an Verkehrskonzepten der 60er und 70er Jahre festhalten und den aus Anfang der 60er Jahre stammenden Plan zum Bau der L 418 nun umsetzen.

Freuen werden sich diejenigen, die glauben, mit Straßenbau das viel zu hohe Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen in den Griff zu bekommen. Die Befürworter sprechen von einer erheblichen Entlastung der Elberfelder Südstadt und der Cronenberger Straße, den geplagten AnwohnerInnen sei es auch gegönnt. Dass dies allerdings auf Kosten der Ronsdorfer und Cronenberger geschehen wird, die mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch die Fahrzeuge leben müssen, die von der A1 auf die A 46 gelangen wollen, ist die andere Seite der Medaille. Der dafür nötige Ausbau der L 419 ist auch bereits in Planung. Diese Verlagerung und zusätzliche Belastung kann nicht Gegenstand einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung sein. Die Stadt Wuppertal ist Mitglied im Klimabündnis und hat sich verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren; darüber hinaus hat die Stadt ein "Hand-

**Trotz jahrelangem Widerstand wird die L 418 nun gebaut**

lungsprogramm für ein zukunftsfähiges Wuppertal" entworfen. Aber wie so oft, Papier ist geduldig, bei der Umsetzung der gesetzten Ziele fehlt den Verantwortlichen dann doch der Mut zur Innovation und zur Wende zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Das falsche Signal "Baut Straßen und der Stau ist Vergangenheit" hat doch zur Folge, dass der KFZ- und LKW-Verkehr stetig zunimmt. Die GRÜNEN

haben schon immer gewarnt: "Neue Straßen produzieren neue Verkehrsströme!" Wir fordern seit jeher eine Verlagerung des KFZ-Verkehrs auf die Schiene, den Ausbau des Schienennetzes und die Attraktivierung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs und haben daher seit den frühen 80er Jahren gegen die L 418 gekämpft. Doch an das Goldene Kalb Auto traut sich in der Regel keiner konsequent

heran. Das steigende Aufkommen des Kraftfahrzeugverkehrs ist bereits heute eines der dringendsten Umweltprobleme in den Industrieländern.

Die individuelle Mobilität und die LKW-gestützte Logistik unserer Wirtschaftsgüter wird solange Vorrang vor dem Schutz unserer Umwelt haben, solange die attraktiven Alternativen nicht konsequent gefördert werden. Hier wird eine Kurzsichtigkeit der verantwortlichen PolitikerInnen deutlich, die wohl erst mit einsetzenden Klimakatastrophen auch in unseren Regionen geheilt werden wird.

Schade eigentlich! Der Weiterbau der L 418 mit einem Tunnel durch das Burgholz verlangt von uns und unseren Kindern daher einen hohen Preis. Der Bau des Tunnels stellt einen massiven Eingriff in ein ökologisch hochwertiges Gelände dar; neben Quellen, die möglicherweise versiegen, wird auch der Grundwasserspiegel beeinträchtigt. Abgesehen von der Zerstörung des Naherholungsgebietes Burgholz, von Fauna und Flora, wird durch die private Vorfinanzierung ein Schuldenberg in Höhe von mindestens 82 Mio. € geschaffen, den die nachfolgende Generationen abzutragen haben.

Denn das Land Nordrhein-Westfalen kann dieses weder ökonomisch noch ökologisch sinnvolle Projekt gar nicht selbst finanzieren.

Ergo: Die Weisheit der Cree-Indianer hat immer noch nichts von ihrer Aktualität verloren: Erst wenn der letzte Baum gefällt ist, erst wenn der letzte Fluss vergiftet ist, erst wenn der letzte Fisch gefangen ist, erst dann werdet ihr sehen, das man Geld nicht essen kann.

**DIESE GRÜNEN!**

**50** Ausgaben

Herzlichen Glückwunsch zur 50. Ausgabe der Zeitung "DIESE GRÜNEN"!

Es ist eine tolle Leistung, seit 13 Jahren regelmäßig eine Zeitung heraus zu bringen, zu verteilen und gegen alle Widrigkeiten unverdrossen das Ziel der BürgerInneninformation zu verfolgen.

Für uns bedeutet die Zeitung eine wertvolle Ergänzung in den regionalen Publikationen. Immer wieder werden auch Themen zur Sprache gebracht, die gerade für uns als eine der kleineren Initiativen in Wuppertal wichtig sind. Die gut recherchierten Berichte vermitteln uns Informationen, die wir benötigen, um uns in der kommunalen Landschaft orientieren zu können. Umfassende Informiertheit über das, was in unserer Stadt geschieht, spielt für uns eine große Rolle, denn nur wenn wir uns frühzeitig in Prozesse einschalten können, haben wir eine Chance, uns dafür einzusetzen, dass auch die Interessen von Menschen mit Behinderung in Planungen mit einbezogen werden. Daher hoffen wir, uns auf mindestens weitere 50 Ausgaben von "DIESE GRÜNEN" freuen zu können!

Behindert - na und? e.V.

# Bergisch pur - glückliche Kühe und Menschen

■ Nachhaltige Landwirtschaft durch regionale Vermarktung gesunder Produkte

"Bergisch pur" ist ein Gütesiegel für regional erzeugte landwirtschaftliche Produkte, von dem viele profitieren: die Landwirte, die VerbraucherInnen, die Umwelt und die Kulturlandschaft des Bergischen Landes.

Während die Landwirtschaft in der Umgebung von Großstädten einerseits besonderen Problemen ausgesetzt ist, bietet sich auf der anderen Seite die Möglichkeit der Direktvermarktung ihrer Produkte.

Um den besonderen Problemen der Landwirtschaft Wuppertal zu begeg-

nen und langfristig die landwirtschaftliche Nutzung und damit auch die Pflege der dadurch entstandenen Kulturlandschaft zu sichern, hat der Rat der Stadt im November 1997 auf Antrag der GRÜNEN das Projekt "Förderung der Landwirtschaft in Wuppertal" beschlossen.

In diesem Projekt sollen Förderkonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Einer der mit Hilfe des Institutes für Ökologische Wirtschaftsförderung (IÖW), Landwirten und Fachleuten erarbeiteten Schwerpunkte ist die Direktvermarktung. Die Vorteile liegen auf der Hand: kurze Transportwege im Interesse des Tier- und Umweltschutzes, der Erzeuger hat einen Markt für seine Qualitätsprodukte, die VerbraucherInnen

können den Bezug zum Produzenten herstellen.

Seit 1998 ist "Bergisch pur" die Regionalmarke des Bergischen Landes. Mit dem "Bergisch pur"-Gütesiegel werden hohe Qualität, artgerechte Tierhaltung und Naturschutz verknüpft. Für diese landwirtschaftlichen Qualitätsprodukte gelten strenge Regeln: für die Erzeugung von Fleisch und Käse müssen die Tiere aus dem Naturpark Bergisch Land stammen, sie müssen ausgiebigen Weidegang haben, Futtermittel sollen zum größten Teil aus eigenem Anbau stammen, genmanipulierter Mais, Tapioka und Maniok sind ebenso verboten wie auch Medikamente zur Wachstumsförderung. Zum Schutz der Bergischen Kultur-

landschaft verpflichten sich die "Bergisch pur"-Landwirte einen maßgeblichen Teil ihrer Fläche naturschutzorientiert zu bewirtschaften und spezielle Naturschutzmaßnahmen durchzuführen.

Die Käserei Dahmann am Ehrenberg ist der erste Wuppertaler Betrieb, der seine Produkte mit dem "Bergisch pur"-Gütesiegel anbietet. Seit Anfang November verarbeitet und verkauft nun auch die Metzgerei Uhlemeyer in Wuppertal Elberfeld "Bergisch pur"-Produkte Wuppertaler Landwirte, vorerst Rindfleisch und Käse. Damit ist ein guter Schritt getan zu einer Direktvermarktung von Qualitätsprodukten aus der Region, dem weitere folgen sollen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

freut sich, dass nach Überwindung vieler Anfangsschwierigkeiten dieser Durchbruch zu einer Regionalvermarktung geschafft ist.

Dies ist eine Chance für Wuppertaler Landwirte, für gute Qualität angemessene Preise zu erzielen und ein Gewinn für die VerbraucherInnen, die der Marke "Bergisch pur" vertrauen können. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat das Projekt "Förderung der Wuppertaler Landwirtschaft" von Anfang an unterstützt und konstruktiv begleitet. Sie wird sich auch dafür einsetzen, dass die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen zu Bauland weitestgehend abgewendet wird und damit die Grundlagen der bäuerlichen Existenzen erhalten bleiben.

# Gastkommentar: Die Lokale Agenda in Wuppertal hatte Pionierfunktion

von Knut Unger (Koordinator der Habitat Initiative Deutschland im Forum Umwelt und Entwicklung)

Als Rot-GRÜN Mitte der 90er Jahre den Ratsbeschluss fasste, eine "Lokale Agenda 21" zu erarbeiten, war Wuppertal mit diesem Beschluss eine Art Pionier.

Es lagen kaum Erfahrungen vor, wie ein umfassendes lokales Handlungsprogramm für die nachhaltige Entwicklung im Dialog mit Bürgern, Organisationen und Wirtschaft erarbeitet werden kann. Aus Ahnungslosigkeit und einer offensichtlichen Furcht vor der Bürgermitwirkung machte die Stadtverwaltung fundamentale Fehler bei der Einleitung des Beteiligungsprozesses. Umweltorganisationen, Eine-Welt-Gruppen und andere sahen darin eine Bestätigung ihrer Ablehnung von "runden Tischen" mit dem Gegner. Von diesem doppelten Geburtsfehler hat sich

die Wuppertaler Agenda 21 nie richtig erholt. Während in anderen Städten sogar neue Bürgerinitiativen aus der Agenda 21-Arbeit hervorgingen, blieben Konsultation und Beteiligung in Wuppertal auf wenige Themen und Aktive beschränkt. Es blieb weitgehend bei einer "Verwaltungs-Agenda".

Gleichwohl wurden sehr ehrgeizige Ziele in Angriff genommen und zum Teil auch umgesetzt. Dazu zählen etwa der mit externer Förderung und Moderation erarbeitete Wärmeplan, die Weiterentwicklung des betrieblichen Umweltmanagements in der Stadtverwaltung und darüber hinaus die Bemühungen um eine regionale Landwirtschaft und die Erarbeitung eines Indikatorenansatzes für Nachhaltigkeit. Im Kontext der Agenda-Debatten stand auch die Wiederbelebung der Stadtteilentwicklung. In anderen Bereichen, zum Beispiel Eine Welt, ernannte die Stadtverwal-

tung einfach existierende Netzwerke zu Lokale Agenda 21-Projekten, was nicht verwerflich ist. Denn schnell wurde klar, dass die umfassenden Herausforderungen nicht mit einem einzelnen Programm, sondern nur mit vielen systematischen Schritten und Akteuren erfüllt werden könnten.

Für eine konsequente Umsetzung dieses Weges fehlten dann aber die Ressourcen und auch der politische Wille. Schon unter Rot-GRÜN waren weder der Flächennutzungsplan noch die Verkehrsplanung als Agenda-Themen durchsetzbar. Umwelt- und Bürgerinitiativen mussten mehr als einmal die Erfahrung machen, dass jenseits rhetorischer Übungen bei den harten Themen kaum ein "Nachhaltigkeits-Dialog" möglich ist. Genauso schwer wiegt, dass Finanzpolitik, die Klügelwirtschaft oder die Krisen der städtischen Töchter niemals Thema der Nachhaltig-

keits-Debatten wurden.

Was bleibt, sind einige innovative Handlungsansätze und eine Erweiterung der Unternehmensziele der Stadt. Verstecken mit ihren Ergebnissen muss sich die Wuppertaler Agenda 21 nicht. Nur in wenigen Ländern der Erde wurde überhaupt Lokale Agenda 21 betrieben.

Für Umwelt und Entwicklung sind die katastrophalen Folgen der Globalisierung, der Auflagen der internationalen Finanzorganisationen, der Ausverkauf öffentlicher Dienste und Güter und die neue Kriegspolitik viel bedeutender als ein paar nette lokale Vorzeigeprojekte.

Unter diesen Bedingungen erfordert lokale Nachhaltigkeit zu aller erst die Herstellung von Bündnissen der sozialen Bewegungen.

Die Wuppertaler Agenda 21 hat sich dafür kaum als hilfreich erwiesen.

**DIESE GRÜNEN!**

**50** Ausgaben

Ja, "DIESE GRÜNEN" hat schon seit 1990 – in den ersten Tagen unseres Kampfes um eine humane Drogenpolitik in Wuppertal – auf unserer Seite gestanden. Für uns als betroffene Eltern war es wichtig, auch von der Politik wahrgenommen zu werden. Besonders in den Jahren 1990 bis 1993 hatten wir die Möglichkeit, unsere politischen Forderungen in diesem Forum unterzubringen. Auch in den Folgejahren waren uns viele Beiträge in den Ausgaben der Zeitung eine wichtige Unterstützung. Die Öffentlichkeitsarbeit war und ist immer noch eine der wichtigsten Säulen einer akzeptierenden Elternarbeit im Bereich der illegalisierten Drogen. Wir möchten Euch zurufen: Danke und macht weiter so!

Jürgen Heimchen  
(Sprecher der Eltern)

# Die 50igste Ausgabe

## „DIESE GRÜNEN“ erscheint regelmäßig seit 1989

**Der Rückblick auf 50 Ausgaben DIESE GRÜNEN ist gleichzeitig ein Blick auf einige thematische Dauerbrenner, die immer wieder Gegenstand der kritischen Auseinandersetzung waren und sind.**

Einer dieser Themenkomplexe ist der Konflikt zwischen Natur- und Landschaftsschutz auf der einen Seite und Baulandausweisungen für Wohnen und Gewerbe auf der anderen.

Das begann schon in Ausgabe Nr. 1 "Neues Gewerbe auf grüner Wiese". Gegen ein neues Gewerbegebiet in Blombach Süd sprechen auch heute noch ökologische und klimatische Gründe.

Im Juni 1990 befasste sich ein Artikel "Autos auf dem Fischteich?" mit der geplanten Ausdehnung der Firma Vorwerk auf die Fläche des Laaker Teiches. Zusammen mit einer Bürgerinitiative kämpften die GRÜNEN erfolgreich für den Erhalt des Teiches.

In der Märzausgabe 1992 ging es um die Bauleitplanung an der Waldkampfbahn in Vohwinkel. Ein Teil des Bebauungsplanes sah die Bebauung ökologisch besonders wertvoller Wald- und landwirtschaftlich genutzter Flächen vor. Aufgrund von Einsprüchen der Umweltverbände, BürgerInnen und den GRÜNEN konnte im Rat der Stadt die Erhaltung des sensiblen Bereichs durchgesetzt werden.

Die Dezemberausgabe 1992 setzt sich unter dem Titel "Nutzung alter Flächen statt Naturverbrauch" mit dem Problem der Industrie- und Gewerbebrachen auseinander.

Die Februarausgabe 1994 berichtete, dass das Herichhauser Bachtal unter Naturschutz gestellt wurde. Damit hatten Grundstücksspekulanten keine Chance mehr für eine Baulandausweisung in diesem Tal. Die ökologische Vielfalt konnte erhalten bleiben.

"Neue Tennisanlage auf Kapellen geplant" berichtete die Juniausgabe 1995. Weil die damalige Anlage sanierungsbedürftig und zu klein war, sollte eine neue auf landwirtschaftlich genutzter Fläche im Gelperaum ausgewiesen werden. Tennissport contra Naturschutz. Einmal mehr der zog der Naturschutz den Kürzeren. Inzwischen wurden neben dem Tennisplatz auch noch Einfamilienhäuser gebaut!

Unter dem Titel: "Behindertenwohnstätten contra Naturschutz" setzt sich die Juniausgabe 1995 mit dem von der Lebenshilfe geplanten Bau von Wohnungen für Behinderte innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes auseinander. Obwohl die GRÜNEN das Vorhaben begrüßten, fragten sie nach einem Alternativstandort außerhalb des Landschaftsschutzgebietes, gleichzeitig verbunden mit dem Ziel einer besseren Integration innerhalb des Stadt-

gebietes.

"Die bäuerliche Kulturlandschaft muss vor weiteren Golfplatzplanungen bewahrt werden, es gibt bereits 2 Plätze im Norden Wuppertals" schreibt im Oktober 1995 Frank Stiller im Gastkommentar für den BUND, nachdem im Entwurf des Flächennutzungsplanes mehrere potenzielle Golfplatzstandorte auftauchten.

"Wuppertal stößt an seine Wachstumsgrenzen": unter diesem Titel wurden, ebenfalls im Oktober 1995, die Planungsinhalte des Entwurfes zum Flächennutzungsplan kritisch betrachtet. Dort wurden zahlreiche Baulandausweisungen in Landschaftsschutzgebieten als Alternative zu einer innerstädtischen Entwicklung durch Schließung von Baulücken dargestellt. Erfreulich im Sinne einer innerstädtischen Entwicklung war derzeit ein städtebaulicher Wettbewerb für den Raum Weidenplatz mit dem Titel "Wohnen ruhig und zentral".

"Stadtentwicklung für eine nachhaltige Zukunft" heißt ein Artikel in der Dezemberausgabe 1995 und berichtet über den mehrheitlichen Beschluss des Rates der Stadt, in Agenda 21 Prozesse einzutreten. GRÜNE und SPD beschließen eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, Zukunftsentscheidungen sollen unter dem Aspekt Nachhaltigkeit getroffen werden, insbesondere in den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales.

Unter dem Tenor "Bündnisgrüne gegen 3. City" berichteten DIESE GRÜNEN ebenfalls im Oktober 1996 über die Pläne des Investors Clees zur Errichtung eines Fachmarktcenters auf dem Gelände der ehemaligen Wicküler Brauerei: Einig waren sich die GRÜNEN mit vielen BürgerInnen, dem Einzelhandel und Vereinen in der Erkenntnis, dass die Verwirklichung dieser Pläne quasi die Schaffung einer 3. City bedeute und den Innenstädten von Elberfeld und Barmen schaden würde. Aus heutiger Sicht sind diese Bedenken bestätigt worden.

Zu einer zukunftsfähigen Entwicklung gehört auch, Kindern in der Stadt mehr Raum zu geben. Unter dem Titel "Spielen in Wuppertal" plädierten DIESE GRÜNEN im März 1997 für mehr Bewegungs- und Spielräume für Kinder in der Stadt als unerlässlich für eine ganzheitliche, gesunde Entwicklung.

Das unterstützte Bürgermeisterin Irmgard Wohler, indem sie im Sommer 1997 zusammen mit Kindern und VertreterInnen des Stadtbetriebes Jugend und Freizeit die Spielmöglichkeiten in den Cities von Barmen und Elberfeld erkundete. Erfreulich, dass die Bezirksvertretung Elberfeld Geld für Spielplätze in der City bereit stellte, die sich die Kinder gewünscht hatten.

Die Dezemberausgabe 1997 kritisiert unter "Wohnbebauung und Natur, begrünter Übergang nötig", die vorgesehene Bebauung im Nachtigallenweg, die bis unmittelbar an das Naturschutz-

**GRÜNE proudly present: Die engagierten Stadtverordneten der GRÜNEN von 1984 bis heute**

gebiet Herichhauser Bachtal grenzen sollte.

Der aus einer Initiative der GRÜNEN hervorgegangene Ratsbeschluss "Förderung der Wuppertaler Landwirtschaft und Erhalt der Kulturlandschaft" wurde ebenfalls in der Dezemberausgabe 1997 vorgestellt. Die Landwirtschaft prägt und pflegt unsere Naherholungsgebiete sowie unsere Kulturlandschaft und bedarf schon deshalb der Unterstützung.

Unter "Ökologisch bedenklich" berichtet die Märzausgabe 1998 über den Protest vieler Familien der Siedlung Radenberg gegen Pläne des Investors Clees, eine neue Wohnsiedlung, übrigens ökologisch sehr umstritten, über eine bereits bestehende Spielstraße zu erschließen.

Ein Thema der Wuppertaler Stadtpolitik ist seit Jahrzehnten die "Kleine Höhe". Als Symbol für den Konflikt zwischen Naturschutz und Ausweisung von Gewerbegebieten wird bis heute heftig darüber diskutiert. (siehe Artikel in dieser Ausgabe)

"Flächenfraß in der Natur – statt lebendiger Quartiere in der Stadt" war das Thema einer Podiumsdiskussion der

GRÜNEN Stadtteilgruppe Vohwinkel, über die im Oktober 1998 berichtet wurde. Die zahlreichen Anwesenden forderten eine geordnete Stadtentwicklung: erst Vorlage des Flächennutzungsplanes, dann das Bauleitplanverfahren.

Gleich zweimal befassten sich DIESE GRÜNEN im Juni 1999 mit dem Thema Stadtentwicklung. "Neue Nutzung für alte Gebäude": Erhaltung und Entwicklung des Gaskessels als Chance für Heckinghausen. Und Forderung eines Stadtentwicklungskonzeptes für die Tesche in Vohwinkel.

Seit September 2000 haben "DIESE GRÜNEN" mehrmals über den breiten Widerstand von BürgerInnen, Vereinen und den GRÜNEN gegen die geplante Bebauung an der Luhsfelder Höhe berichtet. Über den Sinn von weiterem Einfamilienhausbau auf der grünen Wiese kann man auch nach Lektüre des Pestel-Guachten zum Einfamilienhausbau nachdenken. "DIESE GRÜNEN" jedenfalls kommen im Dezember 2001 zu dem Schluss, "dass die Innenentwicklung in den Stadtteilen forciert und mit Geld ausgestattet werden muss." Dieser Rückblick zum Thema

Stadtentwicklung und Naturschutz zeigt nur einen kleinen Ausschnitt. Deutlich geworden sind dabei sicherlich noch einmal die Ziele GRÜNER Stadtentwicklungspolitik.

Manche Bemühungen in diesem Sinne führten zum Erfolg oder Teilerfolg (u.a. Fischteich Laaken, Waldkampfbahn, Agenda 21, Landwirtschaftsprogramm), viele andere wie z. B. Tennisanlage Kapellen, Wicküler Park leider nicht. Vor allem schmerzt die Erkenntnis, dass nun doch höchstwahrscheinlich das Gewerbegebiet Kleine Höhe kommen wird. Die erste GRÜNE Rasfraktion hatte bereits 1984 in einem der ersten grünen Ratanträge eine "Nichtweiterverfolgen der Pläne Kleine Höhe" erreicht.

## Die Kleine Höhe:

■ Ein politischer Dauerbrenner der politischen Auseinandersetzung

**Die Kleine Höhe ist eine Ackerfläche an der Grenze Wuppertal-Velbert, die seit 30 Jahren als Gewerbegebiet erschlossen werden soll.**

Am 10 Juni hatten Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, vor Ort (in einer Gaststätte) mit Vertretern der Verwaltung über die Pläne zu diskutieren. Dabei gab es einige neue Erkenntnisse:

- Die Verwaltung gibt zu, dass die Gewerbesteuer als städtische Einnahmequelle immer mehr an Bedeutung verlieren wird.

- Allein die Entwässerung des Gewerbe-

gebietes soll ca. 3 Mio. € kosten.

- Das Regenwasser soll versickern. Die Entwässerung des Schmutzwassers (10 - 20 Liter/Sekunde) erfolgt nach Velbert.

- Das Gewerbegebiet wird das Verkehrsaufkommen auf der Nevigeser Straße (schon jetzt 17.000 Fahrzeuge pro Tag) erhöhen.

- Die gesamten Erschließungskosten schätzen wir auf 10 Mio. €. Statt großer Firmen, die vor fünf Jahren noch als Zielgruppe genannt wurden, sollen jetzt kleinere Unternehmen aus dem Bereich Medizin und Informationstechnik angesiedelt werden. Über die Situation der IT-Industrie lesen wir fast täglich in der Zeitung. Die Quante AG

hat gerade angekündigt, 75 MitarbeiterInnen zu entlassen, das Werk Hattingen zu schließen und den Standort an der Uellendahler Straße eventuell aufzugeben. Wir halten dieses Gewerbegebiet nach wie vor für überflüssig. Mit der GOH-Kaserne, dem ehemaligen Güterbahnhof Vohwinkel und vielen anderen Branchen gibt es genug geeignete Flächen für die Ansiedlung von Firmen. Wer hat ein Interesse, dieses überflüssige Gewerbegebiet an der Stadtgrenze zu erschließen? Die Stadt würde ca. 10 Mio. € aus dem Verkauf der Flächen bekommen. Wenn alles verkauft werden kann (In Wülfrath werden zur Zeit Flächen für weniger als die Hälfte angeboten). Sicher profitiert nur

die Baufirma, die den Auftrag für die Erschließung erhält. Viel interessanter wird es, wenn die beleuchteten Schafweiden später in ein Wohngebiet umgewandelt werden. Dann nimmt die Stadt ca. 40 Mio. € ein und auch für die Baufirmen vervielfacht sich der Umsatz. Eine ähnliche Geschichte erlebten wir am Radenberg in Vohwinkel. Dort sollten zunächst Häuser für Bayer-Mitarbeiter gebaut werden. Damit erschwindelte sich Investor Clees die Genehmigung. Inzwischen wohnen dort ein paar Bayer-Mitarbeiter, aber auch viele andere. Ist das Gewerbegebiet etwa nur das trojanische Pferd, das den Weg zum großen Geld ebnet? Wir werden Sie weiter informieren.

## DIESE GRÜNEN! 50 Ausgaben

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin begeistert und beglückwünsche euch ganz herzlich, dass ihr die 50. Ausgabe von „DIESE GRÜNEN“ mit einer Feier begehen wollt. Die Anfänge dieser Zeitung habe ich als Fraktionsmitarbeiterin mit erleben können und kann mich gut erinnern, wie R.M.E. Streuf mit dem applaudierenden bergischen Löwen ins Büro kam. Ich fand's direkt gut! Inzwischen wohne ich nun über 10 Jahre im Taurus, bin glücklich über die Zeitungs- und deren Berichterstattung und wenn ich ab und zu mal wieder im Tal bin und eine WZ in der Hand habe, ist mir ganz schnell klar, wieso „DIESE GRÜNEN“ so überaus wichtig sind. Ohne sie könnten die Leute glauben, GRÜNE Politik fände nicht statt. Also weiter so! Schade, zur Feier kann ich wg. Urlaubs nicht kommen - wünsche euch jedoch viel gute Laune und holt euch bei Gesprächen mit allen Beteiligten neue Antriebskräfte.

Evelyne Hoja

# Ratschronik vom 27.5.2002

## Anfrage zu Mobilfunkanlagen

Auf Anfrage der GRÜNEN wurde mitgeteilt, dass insgesamt in den letzten 5 Jahren nur 8 Baugenehmigungen für Mobilfunkanlagen erteilt wurden. Das Urteil des OVG Münster, dem zufolge für die Neuinstallation von Mobilfunkanlagen eine Baugenehmigung notwendig ist, wurde von der Verwaltung noch nicht auf kommunale Konsequenzen hin ausgewertet, da der Beschluss noch nicht im Detail vorliegt. Die Verwaltung wollte der bündnisGRÜNEN Meinung, dass AnwohnerInnen nun mehr Erfolg haben, wenn sie gegen schon installierte Anlagen klagen, nicht folgen.

## Girls Day 2003 beschlossene Sache

Einstimmig wurde vom Rat der Antrag der GRÜNEN Fraktion beschlossen, dass die Stadt Wuppertal den "Mädchen Zukunftstag" 2003 organisiert, um den Kreis der TeilnehmerInnen zu erweitern. Der Girls Day wird im nächsten Jahr zum dritten Mal bundesweit durchgeführt. Mädchen der Klassen 5 bis 10 können am vierten Donnerstag im April Firmen, Forschungszentren und Hochschulen besuchen, um sich ein Bild vom Berufsalltag jenseits der klassischen Frauenberufe zu machen und hier Anregungen für die eigene berufliche Zukunft gewinnen.

## Remscheider Pensionsmodell wird Thema

Auf Antrag der GRÜNEN beschloss der Rat, sich mit dem Remscheider Pensionsmodell, das von dem Remscheider GRÜNEN Frank vom Scheidt entwickelt wurde, intensiver zu beschäftigen. Die Stadt Remscheid begegnet steigenden Pensionskosten, indem sie für junge BeamtInnen Lebensversicherungen abschließt und spart dadurch erhebliche Kosten ein. Dieses Modell sorgte auch schon im Düsseldorfer Landtag für Aufmerksamkeit. Nun wird das Thema in den Wuppertaler Gremien diskutiert.

## DIESE GRÜNEN! 50 Ausgaben

50 mal "DIESE GRÜNEN" – das bedeutet 50 mal Ratschronik mit Hintergrundinformationen. "DIESE GRÜNEN" nimmt dabei eine andere Perspektive ein, als es die übrigen Wuppertaler Medien oft tun. Berichte unmittelbar aus den politischen Gremien sorgen für mehr Transparenz in der Kommunalpolitik. Dies ist umso wichtiger, als die großen Parteien im Stadtrat oftmals einer Meinung sind, vor allem, wenn es darum geht, wirtschaftliche Interessen zu unterstützen. Standpunkte von "Minderheiten", wie z.B. die Umweltverbände können sich im politischen Raum häufig nicht durchsetzen oder werden schlichtweg nicht ernst genommen. Dabei ziehen die Medien vielfach mit der Politik an einem Strang, indem bestimmte Themen entweder nicht kritisch beleuchtet oder aber erst gar nicht aufgegriffen werden. Gerade die Umweltverbände haben immer wieder das Fehlen einer zweiten Wuppertaler Tageszeitung bedauert. Die konkurrenzlose Stellung der WZ macht unsere Pressearbeit nicht unbedingt einfacher! "DIESE GRÜNEN" ist dagegen auch zu unserem Sprachrohr geworden, weil Themen, die uns wichtig sind, hier aufgegriffen und Ratsentscheidungen kritisch beleuchtet werden. In den 13 Jahren des Bestehens dieser Zeitung hat sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt, die in einer Reihe von Gastkommentaren immer wieder lesbar war. Wir hoffen, dass sich diese Zusammenarbeit weiter fortsetzen wird und wünschen "DIESE GRÜNEN" viel Erfolg für die nächsten 50 Ausgaben!

## Anti-Korruptions-Anträge der GRÜNEN

Ein umfangreiches Maßnahmenpaket der GRÜNEN zur Bekämpfung von Korruption wurde in der Ratssitzung eingebracht: Ergänzung der Ehrenordnung, Ehrenordnung für politische Führungskräfte, Resolution an die Parteien zur Veröffentlichung der Parteienfinanzierung (CDU, SPD und FDP stimmten für Nichtbefassung), Aufnahme von Untersuchungsausschüssen in die Gemeindeordnung, Einrichtung eines Sonderausschusses Korruption in Wuppertal, Umwandlung städtischer Eigenbetriebe (von SPD, CDU und FDP abgelehnt). Die meisten Anträge wurden zur weiteren Beratung in den Ältestenrat überwiesen. Näheres siehe im Artikel zu Anti-Korruptions-Paket im Rat.

## Mediapark

Der Aufstellungsbeschluss für das Bauleitplanverfahren des Mediaparkes wurde im Rat einstimmig von allen Fraktionen beschlossen. Interessant an dieser Verwaltungsdrucksache war auch, dass die Stadt sich zum Ziel gesetzt hat, künftig verstärkt die Innenentwicklung der Stadtentwicklung zu fördern und brachliegende Standorte zu reaktivieren. Die GRÜNE Fraktion sieht sich in ihrem Engagement gestärkt, hat sie sich doch seit Jahren dafür eingesetzt, die innerstädtischen Gewerbebrachen zu reaktivieren anstatt neue Gewerbeflächen auszuweisen.

## Gerangel um Baumfällgenehmigung in Ronsdorf

Nachdem die Bezirksvertretung (BV) Ronsdorf keine Fällgenehmigung für die 5 Bäume auf dem ehemaligen Reinshagenplatz erteilt hatte entschied die Stadt, die sich für die Erteilung der Fällgenehmigung einsetzt, dass es sich bei den konkret vorliegenden Fällen um Geschäfte der laufenden Verwaltung handele und die Bezirksvertretung in diesem Fall nicht entschei-

dungsbefugt war. In der nächsten Sitzung der BV wurde der Beschluss bekräftigt: Angesichts dieser rechtlich ungeklärten Situation beschloss der Rat einstimmig, dass die Verwaltung eine lückenlose Dokumentation zur Sache erstellen soll und dem Rat der Stadt zur erneuten Beschlussfassung vorgelegt wird.

## Weiterführung der Schulbibliotheken

Der Rat beschloss einstimmig, dass der jährliche Fonds von 80.000 Euro zur Bewirtschaftung der Wuppertaler Schulbibliotheken über einen neu einzurichtenden Förderfonds organisiert werden soll. Damit soll gewährleistet werden, dass die Mittel fair verteilt werden und keine Schule bei der Verteilung der Mittel benachteiligt wird. Diesem Kompromiss hat sich die GRÜNE Fraktion angeschlossen.

## Besetzung von Gremien

Bei der Behandlung dieses an sich recht harmlosen Tagesordnungspunktes kam es in der Ratssitzung zum Eklat.

Die SPD-Fraktion wollte die Vertreterin der Grauen im Seniorenbeirat sowie die stimmberechtigten Mitglieder der GRÜNEN im Umweltausschuss und im Ausschuss Frauenförderung abstrafen, da sie den Antrag, das Abwahlverfahren von OB Dr. Kremendahl durch die Wuppertaler BürgerInnen einzuleiten, unterstützt hatten. Die SPD stellte den Antrag, in diese Gremien SPD-Mitglieder zu entsenden und damit den Grauen und GRÜNEN ihr Stimmrecht zu entziehen. Die SPD hatte zu Beginn der Ratsperiode aus Gründen der demokratischen Zusammenarbeit den GRÜNEN sowie den Grauen in diesen Gremien jeweils einen stimmberechtigten Sitz überlassen.

Normaler Weise wird im Gesamtpaket über die Gremienbesetzungen abgestimmt, da nach guter Gepflogenheit einstimmig beschlossen wird, wobei sich die GRÜNEN bei der Besetzung der Gremien, in denen sie nicht vertreten sind, enthalten.

Die Anträge der SPD, die GRÜNEN aus den Ausschüssen zu wählen, wurde auf Antrag der GRÜNEN Fraktion aus dem Gesamtpaket zur Einzelabstimmung herausgenommen, da die Fraktion dem natürlich nicht zustimmen wollte. So kam die nötige Einstimmigkeit bei den Gremienbesetzung nicht zustande, die SPD war gescheitert, GRÜNE und GRAUE behalten ihr Stimmrecht.

Interessanter Weise hat sich die CDU bei den gesamten Abstimmungen zu dem Komplex enthalten und sich damit gewiegt, politisch Position zu beziehen.

Zukünftig ein Teil des Komplexes Mediapark: die Villa Media

# Orientierung an Landschaftsschutz

## Wuppertal ist Schlußlicht bei der Umsetzung von Flora-Fauna Richtlinie

Derzeit steht der Landschaftsplan Wuppertal-Nord auf der Tagesordnung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses. Damit setzt die Stadtverwaltung den Aufstellungsbeschluss von 1978 um und ergänzt die bereits bestehenden Pläne „Gelpe“, „West“ und „Ost“ um den Wuppertaler Norden.

Alles in allem eine mustergültige Fleißarbeit, für die Respekt und Anerkennung ausgesprochen werden muss. Allein im Detail steckt der Widerspruch, so dass die GRÜNEN sich fragen, ob zuerst das Huhn oder das Ei war. Denn der Landschaftsplan Wuppertal-Nord sollte zeitgleich mit der Überarbeitung des Flächennutzungsplan-Entwurfes 2002 (FNP) offengelegt werden. Und hier entstehen Nutzungskonflikte z.B. bei den Flächen Kleine Höhe, Radenberg, An der Bük, Im Lehbruch etc., die einerseits schützenswert erscheinen, andererseits aber zur Wohn- bzw. Gewerbebebauung vorgesehen sind.

Widersprüche, die im Parallelverfahren

allzu pragmatisch von der Stadtverwaltung gelöst werden. Denn vergleichbare Flächen, die nach Einschätzung der Verwaltung monoton und stark anthropogen überformt wirken (z.B. Kleine Höhe, Schöller), werden je nach aktuellem Planungsstand mit unterschiedlichen Entwicklungszielen im Landschaftsplan ausgewiesen, in Teilflächen zerstückelt und geschützt bzw. temporär aufgegeben.

Das Ziel eines derart temporären Landschaftsschutzes liegt auf der Hand: Die Kleine Höhe laut FNP realisieren - koste es, was es wolle - und sich dabei nicht schon im Vorfeld selbst die Hände durch den Landschaftsschutz zu binden. Die Landschaftsplanung Wuppertal-Nord wird also angepasst an die Flächennutzungsplanung und den hier von CDU-SPD-FDP erklärten Wunsch, mehr Gewerbe- und Wohnbauflächen auf der schützenswerten, grünen Wiese auszuweisen, als aktuelle Bevölkerungsstatistiken notwendig machen.

Aus bündnisGRÜNER Sicht müsste es genau andersherum sein: Die Flächennutzungsplanung ist an dem Landschaftsschutz zu orientieren, so wie es das Gesetz vorsieht, denn sonst müsste es heißen: "Der FNP ist das Ei und war in Wuppertal noch vor dem Huhn

da! Dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit dieser Einschätzung richtig liegen, wurde in den Juni-Sitzungen des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses überdeutlich: Beide Ausschüsse entschieden mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP, dass die Offenlegung des Landschaftsplanes Wuppertal-Nord vertagt wird. Die Ausschussvorsitzenden fassten die aus ihrer Sicht vorgebrachten Argumente wie folgt zusammen: "Die Flächennutzungsplanung ist die Leitplanung, daran habe sich die Landschaftsplanung zu orientieren."

Unberührt zeigten sie sich dabei von den von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Stadtverwaltung Wuppertal in den Sitzungen zusätzlich vorgebrachten Argumenten und Verfahrensvorschlägen. Im Stadtentwicklungsausschuss und im Umweltausschuss argumentierten die GRÜNEN, dass die Offenlegung des Landschaftsplanes Wuppertal-Nord beschlossen werden könne und aus zeitlichen Gründen auch müsse. Die begründeten und von allen Parteien unbestrittenen sachlichen Anregungen der Bezirksvertretungen und die der Träger öffentlicher Belange könnten mit der Beschlussfassung des Landschaftsplanes Wuppertal-Nord berücksichtigt und eingearbeitet werden (z.B.

fehlerhafte Kartographie, widersprüchliche Behandlung einzelner Flächen). Dass das "zeitliche Argument" in diesem Fall nicht allein ein formales ist, darauf wollten sich CDU-SPD-FDP nicht festlegen lassen: Bereits im Februar 2002 entschieden die gleichen oben genannten Gremien mit den Stimmen von CDU-SPD-FDP und mit dem Druck des Regierungspräsidenten und der Europäischen Kommission im Nacken eine beschleunigte Bearbeitung der Landschaftspläne ("Fertigstellung bis 05.06.2004") und ermächtigten die Verwaltung, eine entsprechende Vereinbarung mit der Bezirksregierung zu unterzeichnen.

Mit der widersprüchlichen Beschlussfassung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses von Februar bis Juni 2002 haben CDU-SPD-FDP immerhin erreicht, dass Wuppertal NRW-weit Schlusslicht in der verpflichtenden Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat Richtlinie ist und bleibt. Dass eine Förderung der Landwirtschaft in Wuppertal nicht statt findet. Und sie haben ihr politisches Ziel erreicht, dass der Flächennutzungsplan die Leitplanung noch vor der Landschaftsplanung ist. Wenn sie sich damit mal nicht ein Ei gelegt haben.

# GRÜNES SOMMERFEST

Mit großem Kinder- und Musikprogramm, interessanten Gästen, Köstlichkeiten und Getränken,